



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, RENTFORTER STR. 43A, 45964 GLADBECK

Herrn
Bürgermeister Ulrich Roland
Rathaus

45964 Gladbeck

RATSFRAKTION

Mario Herrmann
Fraktionsvorsitzender

Rentforter Straße 43a
45964 Gladbeck

Tel: 0 20 43 – 25 41 2
Fax: 0 20 43 – 21 77 6

mario.herrmann@gruene-gladbeck.de
www.gruene-gladbeck.de

12. Februar 2009

Antrag nach § 48 Abs. 1 Satz 5 GO NW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

namens meiner Fraktion beantrage ich, den Punkt

Strukturelle Neuaufstellung der GWG

per Dringlichkeit in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Rates aufzunehmen.

Im Haupt- und Finanzausschuss dieser Woche hatten sich SPD und CDU geweigert, die durch drei Rücktritte erforderlich gewordene Neubesetzung des GWG-Aufsichtsrats durchzuführen. Dies halten wir nach wie vor für rechtlich fragwürdig und politisch falsch.

Nichtsdestotrotz zeigt dieses Vorgehen, dass es den Wunsch gibt, über Alternativen zur bisherigen Gesellschaftsstruktur nachzudenken. Auch bei unserer Fraktion werden entsprechende Überlegungen angestellt. Ohne eine fundierte juristische und betriebswirtschaftliche Bewertung unterschiedlicher Modelle ist es jedoch für die Kommunalpolitik kaum möglich, zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen.

Der Verwaltungsspitze war spätestens seit der Ratssitzung im Dezember 2008 bekannt, dass in der Politik derartige Überlegungen stattfinden. Dennoch ist bis zum heutigen Tag keine diesbezügliche Verwaltungsvorlage bekannt. Offenbar wird der Bürgermeister hier erst nach einer entsprechenden Aufforderung durch den Rat tätig.

Daher schlagen wir vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Gladbeck beauftragt die Verwaltung, mögliche zukünftige Modelle für die GWG zu prüfen. Diese sollen dem Rat mitsamt ihren Auswirkungen, Vor- und Nachteilen sowie zu erwartenden Kosten bzw. Einsparungen und einer vergleichenden Bewertung vorgelegt werden. Hierbei sind sowohl Veränderungen innerhalb der heutigen Form als GmbH als auch andere denkbare Rechtsformen zu untersuchen.

Angesichts der großen Bedeutung und der hohen Kostenrisiken ist - soweit notwendig - externer Sachverstand hinzuzuziehen. Der gewünschte Bericht ist dem Rat zu seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

Die Dringlichkeit des Antrags ergibt sich aus der Tatsache, dass die Stadt Gladbeck sich eine lang andauernde Hängepartei bei der GWG weder mit Blick auf eigene finanzielle Risiken noch mit Rücksicht auf die Mieter der Gesellschaft leisten kann. Eine fristgerechte Antragstellung war außerdem nicht möglich, weil erst seit Montag dieser Woche bekannt ist, dass SPD und CDU den GWG-Aufsichtsrat weiterhin unvollständig besetzt lassen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

